

- Dieser Beitrag enthält gewisse Spitzen, darum: Vor Gebrauch schütteln! -

Umkehrungsdenkerinnen und gute Guidos, oder: Gibt es neoliberale „Gutmenschen“?

Seit wenigen Monaten steht die Welt endgültig Kopf. Die Claqueure der Bundesregierung trommeln die frohe Botschaft, dass die Arbeitslosenzahlen stetig sinken, die deutsche Wirtschaft boomt, Frau von der Leyen verschickt Bildungsangebote an Hartz IV-Empfänger – gleichzeitig geht an anderen Stellen dieser Erde besagte Welt schrittweise unter.

Ein Kernkraftwerk in Japan, eines von den „eigentlich unkaputtbaren“ - wie uns die Atomlobby weismachen will – wird plötzlich und unerwartet Opfer eines epochalen Erdbebens. In der Konsequenz sieht sich der Rest der Welt mit einer Katastrophe konfrontiert, die man vor zwei Monaten weder für möglich noch vorstellbar gehalten hätte. Schlimmer noch: Die Kanzlerin sieht sich zum Umdenken genötigt und wird revolutionär.

Frau Merkel „erkämpft“ also flugs ein Moratorium der erst kürzlich beschlossenen Laufzeitverlängerung der deutschen, energiekonzern-eigenen Gelddruckmaschinen genannt KKW. Bei diesem Moratorium verhielt sie sich in Übereinstimmung mit Adenauers Diktum: „*Wat kümmert mich ming Jeschwätz von jestern?*“ Ganz überzeugend gelingt dieser Coup nicht, denn ihr Wirtschaftsminister Brüderle wird öffentlich belauscht, als er angesichts der drohenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz versehentlich die Wahrheit sagt. Das Moratorium zur Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke habe wahlkampfstrategische Gründe, erklärt er sinngemäß. Das Wahrheitsbekenntnis ist ihm nicht einmal peinlich, denn Gespür für Peinlichkeit setzt neben Verstand auch noch Selbstwahrnehmung voraus – was sich bei einem Fremdgesteuerten vergleichsweise schlecht vereinbaren lässt. Brüderle blieb also trotz seines faux pas in Amt und Würden und überdauerte sogar (als ehemaliger Weinbauminister aus Rheinland-Pfalz vermutlich durch Konservierungsstoffe gestärkt) sogar die FDP-Krise um seinen Parteivorsitzenden Westerwelle, den die jungen Wilden der Liberalen für die Wahlschlappen in den beiden Landtagswahlen verantwortlich machten (Seehofers früheren Kalauer, ein Westerwelle sei kein Tsunami erspare ich den Lesern auch trotz Fukushima hier nicht ...).

Damit sind wir beim Gutmenschen per se, dem Gutmenschen genannt Guido. Was ist ein Gutmensch? Ein Gutmensch ist eine abfällig gemeinte Vokabel, mit der neoliberale „Realpolitiker“ üblicherweise all diejenigen zu diskreditieren versuchen, die sich kritisch zu Missständen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik äußern. Kriegsgegner sind Gutmenschen, Gutmenschen sind auch „Feld-Wald-und-Wiesen-Radikale“, die keine Atomkraftwerke in ihrer Nachbarschaft wissen wollen. Wie wird nun ein Guido zum Gutmenschen?

Die Erklärung ist einfach. Der Westen konnte es sich – diesmal unter tatkräftiger Führung des kleinen französischen Staatspräsidenten Sarkozy – nicht verkneifen, in einen Krieg gegen Libyen einzusteigen. Kurz vor Ostern ist die Situation so verfahren, das aus dem Luft- und Bombenkrieg der NATO (gut erprobt in Gegenden wie dem Irak) nun auch ein Bodenkrieg werden kann. Gegenüber Tunesien hatte man sich noch zurückhaltend verhalten, auch gegenüber Ägypten. Aber bei Libyen hört der Spaß auf. Schließlich gibt es dort (im Gegensatz zu den anderen nordafrikanischen Staaten) wirklich nennenswerte Ölvorkommen, und man hat dem Revolutionsführer Gadaffi natürlich nicht vergessen, dass er die Bodenschätze seines Landes weitestgehend vor dem Zugriff des ausländischen Kapitals geschützt hat. Sei's drum, Guido wurde Gutmensch, weil er sich entschieden hatte: Deutschland wird sich nicht an einem Militäreinsatz in Libyen beteiligen. Damit hatte sich

Guido sichtbar innerhalb des Zirkels der imperialistischen Staaten isoliert. Jean Asselborn, der Außenminister Luxemburgs, schimpfte kraft seiner Wassersuppe: Europa darf sich nicht in „Kriegführende und Gutmenschen“ aufteilen. Guido mag sich nun denken: „Wie man’s macht, man macht’s verkehrt ...“.

Mein Mitleid hält sich in Grenzen. Zu durchsichtig sind doch alle diese Manöver. Natürlich mutiert ein Guido Westerwelle nicht aus moralischer Einsicht zu einem Gegner des Einsatzes militärischer Gewalt, eine Kanzlerin entdeckt nicht aus Einsichtsfähigkeit heraus die Notwendigkeit zum Umdenken. Diese Herrschaften sind schlicht und einfach opportunistisch trainierte Überzeugungstäter: Sobald sie überzeugt sind, dass eine zuvor bezogene Position sie gefährdet oder in Schwierigkeiten bringt, setzen sie alles daran, diese Position zu ändern. Das gelingt mal mehr, mal weniger überzeugend. Stefan Mappus, der abgewählte CDU-Ministerpräsident aus Baden-Württemberg, mag sogar über Fukushima froh sein – blieb ihm doch so erspart, dass ihm der Einsatz der staatlichen Repressionsmaschine gegen jugendliche und greise Kritiker des Wahnsinnsprojekts Stuttgart 21 als Erklärungsgrund für die Wahlschlappe seiner Partei auf die Füße fiel. Schuld hatten die dunklen Strahlenmächte aus Fernost – nicht die Knüppelpolitik gegen die eigene Bevölkerung.

Was bleibt unter dem Zwischensummenstrich? „Alles bleibt wie es ist, aber anders“ ... der Imperialismus führt Krieg, und auch Deutschland wird sich dem auf Dauer nicht verweigern – wir machen es halt anders, mit militärischem Schutz „humanitärer Hilfe“ oder durch Aufstockung „unserer“ Truppen in anderen Krisenregionen, etwa Afghanistan.

Auch Energiepolitik bleibt, was sie war: Der Atomdreck ist sowieso schon da, die Entsorgung bezahlt der Steuerzahler (mit Geld und gegebenenfalls seiner Gesundheit) – und es wird kräftig daran geschraubt, dass auch die Gewinne dort bleiben, wo sie waren. Das wird durch geschickte Subventionspolitik für die regenerativen Energien passieren, da kann man sicher sein ... alles bleibt, wie es war, aber anders ... Es wird Zeit, dass sich etwas grundlegend ändert in diesem Staate, in dem opportunistisches „Umdenken“ sorgfältiges Nachdenken ersetzt. Und der deutsche Michel glaubt, was man ihm erzählt ... oder nicht?

Dr. Frank Beckmann, LO Berlin